

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

Interpellation zu Hausgesetzen

Das «Hausgesetz des Fürstlichen Hauses Liechtenstein», datiert mit 26. Oktober 1993, wurde im liechtensteinischen Landesgesetzblatt (Nr. 100, ausgegeben am 6. Dezember 1993) veröffentlicht. Die Publikation des Landesgesetzblattes, das von Fürst Hans-Adam II. und Regierungschef Markus Büchel gezeichnet ist, hat im Landtag zu einer Interpellation geführt.

Die Interpellanten, die aus allen drei Landtagsparteien stammen, richten insgesamt 19 Fragen an die Regierung. Wie VU-Fraktionssprecher Dr. Peter Wolf dazu ausführte, sollte die Regierung diese Fragen bis zur ersten Arbeitssitzung des Landtags im kommenden Jahr beantworten. Die Interpellation wurde deshalb als letztes Traktandum auf die Tagesordnung gesetzt.



Der FBP-Abgeordnete Werner Ospelt drang mit seinem Vorschlag, die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern abzulehnen, im Landtag nicht durch.

Erhöhung der MFK-Steuern

Die Motorfahrzeugsteuern werden auf den 1. Januar 1994 um rund 20 Prozent erhöht. Der Landtag stimmte mit 23 Stimmen dem Antrag der Regierung auf eine Anpassung der seit Jahrzehnten unveränderten Steuer auf Motorfahrzeuge zu. Der Antrag des FBP-Abgeordneten Werner Ospelt, nach der Ablehnung der Steuererhöhung für die Holdinggesellschaften auch auf die Anhebung der Motorfahrzeugsteuern zu verzichten, fand keine Mehrheit: Lediglich 2 Stimmen konnte der Antrag auf sich vereinigen.

Im vergangenen Jahr flossen der Staatskasse rund 4,8 Millionen Franken aus den Motorfahrzeugsteuern zu. Bei gleichbleibendem Fahrzeugbestand, rechnete die Regierung aus, würden rund 960 000 Franken an Mehreinnahmen zufließen. Die Regierung machte für ihren Antrag geltend, dass im Zeitraum von 1948 bis 1993, in dem die Motorfahrzeugsteuern unverändert geblieben sind, ein Preisanstieg um 397 Prozent zu verzeichnen sei. Die Anhebung der Steuer um 20 Prozent sei daher mehr als gerechtfertigt. Die Regierung plant, in den nächsten Jahren die MFK-Steuern auf das Niveau des Kantons St. Gallen sukzessive anzuheben – dort liegen die Motorfahrzeugsteuern rund doppelt so hoch wie bei uns.

75 Jahre Fortschrittliche Bürgerpartei

Ein Blick zurück auf die Gründungsgeschichte – Von FBP-Interimspräsident Otmar Hasler

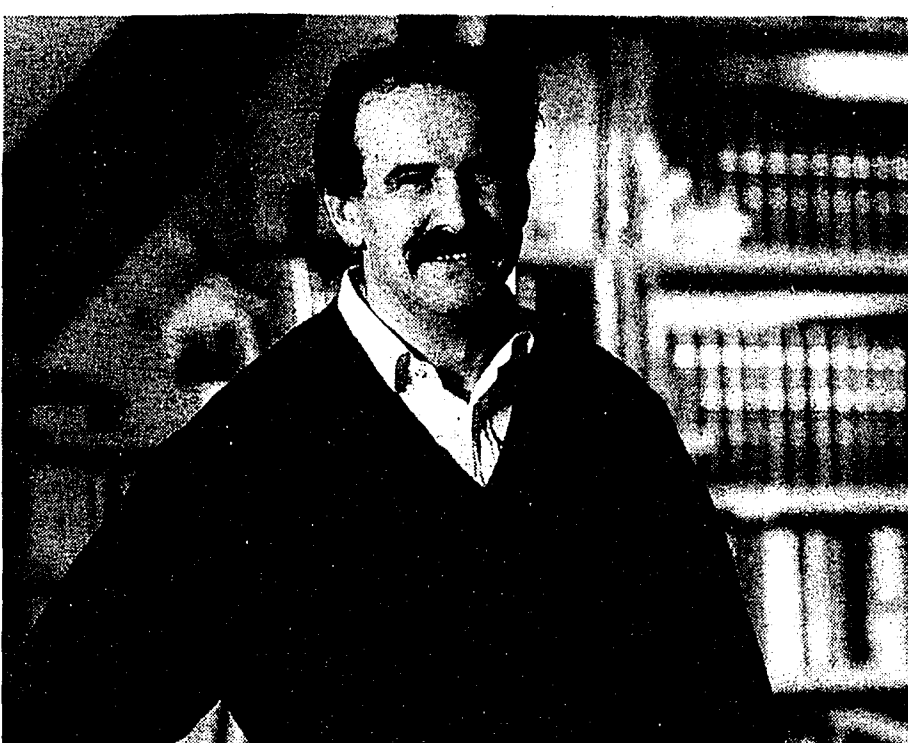
Heute auf den Tag genau feiert die Fortschrittliche Bürgerpartei ihr 75jähriges Bestehen. Am 22. Dezember 1918 fanden sich «Vertreter aus allen Gemeinden Liechtensteins, alles schlichte Männer aus unserem Volke zusammen, um zu beraten und beschliessen, um sich zu sammeln zu einer wohlorganisierten Partei».

Die Gründung der Fortschrittlichen Bürgerpartei kann nicht losgelöst von den politischen und gesellschaftlichen Ereignissen der damaligen Zeit gesehen werden. Der Kleinstaat Liechtenstein kannte bis zum Jahre 1918 keine politischen Parteien. Man ist deshalb versucht, die Gründungen der Parteien mit dem ausgehenden Ersten Weltkrieg, der auch viel Elend und Not nach Liechtenstein brachte, in Zusammenhang zu bringen. Die politische Aufbruchstimmung am Ende des Ersten Weltkrieges ist denn auch ein nicht wegzudenkender Faktor in der Gründungsgeschichte der damaligen liechtensteinischen Parteien. Doch die eigentlichen Beweggründe zur Formierung politischer Bewegungen müssen in Liechtenstein selbst liegen, im Demokratisierungsprozess, der 1918 mit der Einführung des direkten Wahlsystems einen entscheidenden Fortschritt machte, mit dem Gestaltungswillen der Menschen in Politik und Gesellschaft.

Entstanden in schwieriger Zeit

Die Fortschrittliche Bürgerpartei entstand nicht an ihrem Gründungstag, sie ist gewachsen in den Köpfen derjenigen, die sie letztendlich gründeten. Wir gedenken daher heute derer, die diese Partei gründeten. Ihre schriftlichen Zeugnisse und ihre Leistungen geben Auskunft über ihre Gedanken und Ziele, ihre Liebe und Treue zu Liechtenstein.

Liechtenstein vor 75 Jahren war ein Land, dessen Wirtschaftslage schlecht war. Kaum Industrie, nicht genügend Arbeitsplätze, viele Landsleute mussten ins Ausland ihr Geld verdienen. Zerrüttete Währungsverhältnisse, die österreichische Krone verfiel, brachten Armut und Not mit sich. Die Lebensmittelversorgung war gefährdet,



Otmar Hasler, FBP-Interimspräsident: «Die Fortschrittliche Bürgerpartei versteht sich seit ihrer Gründung als eine Sammelpartei, in der alle Stände und Schichten des liechtensteinischen Volkes vertreten sind.» (Bild: Roland Korner)

der Staat stand vor schweren finanziellen Lasten, für Arbeitnehmer und Familien gab es keine soziale Sicherheit.

Gegensatz zu heute

75 Jahre später ist Liechtenstein kaum wiederzuerkennen. Ein hochindustrialisiertes Land, ein moderner Dienstleistungsstaat, gesicherte Währungsverhältnisse, ein auf die Bevölkerungszahl bezogen überdimensionierter Arbeitsmarkt, soziale Sicherheit, ein zu materiellem Wohlstand gekommenes Land.

Die neuere Geschichte Liechtensteins, die zu der oben erwähnten Entwicklung führte, kann nicht ohne die 1918 durch vorwiegend bäuerliche und bürgerliche Kreise entstandene Bürgerpartei gesehen werden.

FBP prägte den Staat

Von einer Zeit des Aufbruchs in den zwanziger Jahren bis zum Jahre 1970, als Europa durch Unruhen, Neuorientierung und gesellschaftlichen Umbruchs eine tiefgreifende Zäsur in der

Nachkriegsgeschichte erlebte, während 42 Jahren ununterbrochener Mehrheitsverantwortung in Landtag und Regierung, formte und prägte die Bürgerpartei diesen Staat als eine den christlichen, sozialen und demokratischen Grundsätzen verpflichtete Partei. Aus einem Agrarstaat wurde ein moderner Dienstleistungs- und Industriestaat.

Fortschrittlich und Sammelpartei

Die Fortschrittliche Bürgerpartei versteht sich seit ihrer Gründung als eine Sammelpartei, in der alle Stände und Schichten des liechtensteinischen Volkes vertreten sind. Der Name, den die Gründer der Partei gaben, nimmt Programm und Inhalt der Politik vorweg.

Das Wort «Fortschrittlich» bringt die Dynamik der Partei zum Ausdruck. Sie hat es in ihrer Geschichte immer wieder verstanden, neue Lösungswege für neue Problemstellungen zu finden und sich den Herausforderungen der Zeit zu stellen.

Denken wir an die Sicherung und den Ausbau der Volksrechte, an die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, an die Schaffung kultureller Einrichtungen, an den Aufbau einer modernen Sozialgesetzgebung, an die Politik im Bereich des Wohnens, an das Engagement in der Umweltpolitik, an den Einsatz in der Gleichstellung der Frau im gesellschaftlichen und politischen Leben, an die Sicherung der Souveränität Liechtensteins.

Treue zur Monarchie

Im Begriff Bürgerpartei liegt der konservative Grundzug der Partei, verbunden mit freiheitlichem Gedankengut.

Heimatverbundenheit, Sorgfalt im Umgang mit dem erworbenen Wohlstand, Sorge um die Erhaltung der Natur, Festhalten an Bewährtem, Sorgfalt im Umgang mit dem Rechtsstaat und seinen Einrichtungen, Treue zur Monarchie.

FBP als Konstante in Aussen- und Innenpolitik

Das 75jährige Bestehen der Fortschrittlichen Bürgerpartei lenkt unsern Blick in die Gründungszeit zurück. Ebenso wichtig ist der Blick in die Zukunft. Politik und politische Parteien stehen in der Kritik vieler Bürgerinnen und Bürger. In einer Zeit, die dem Individuum grosse Bedeutung zumisst, die mit ihrem rasanten technischen Fortschritt scheinbar alles möglich macht und vieles in Frage stellt, in einer Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs wird auch die Rolle politischer Parteien neu definiert werden müssen.

Die Fortschrittliche Bürgerpartei hat als eine Konstante in der liechtensteinischen Innen- und Aussenpolitik mit ihren Mandatsträgern bedeutende Aufgaben im Staat erfüllt und Leistungen erbracht.

Sie kann auf eine reiche politische Erfahrung zurückblicken und sich auf der Verankerung in Vergangenheit und Gegenwart den Zukunftsaufgaben zuwenden.

Budget 1994 verabschiedet

Weniger Einnahmen wegen Rückweisung der Steuervorlage

(G.M.) – Statt ein ausgeglichenes Budget 1994, das die Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht hält, muss sich die Regierung mit einem Voranschlag begnügen, der eine Finanzierungslücke von etlichen Millionen enthält. Der Landtag hatte am Montag die Vorlage über die Erhöhung der besonderen Gesellschaftsteuer zurückgewiesen, dem Budget 1994 jedoch mit 20 von 25 Stimmen die Zustimmung erteilt.

Derart grosse Eingriffe in ein Budget, wie sie der Landtag im Rahmen einer langen Beratung am Montag und Dienstag vornahm, sind schon lange nicht mehr vorgekommen. Nachdem das Parlament am Montag bereits die Erhöhung der Mindeststeuer für die Sitz- und Holdinggesellschaften abgelehnt hatte, stand die Budgetberatung im Zeichen dieser vorgesehenen Einnahmen, die nun vorerst nicht in die Staatskasse einfließen werden. Wird die Erhöhung der Mindestbeiträge der Sitz- und Holdinggesellschaften nicht vorgenommen, so klappt im Voranschlag ein Loch von 14 Millionen Franken. Kommt es im kommenden Jahr zu einer Regierungsvorlage, die nach Abhaltung eines Vernehmlassungsverfahrens die Hürde des Landtags passiert, so wird ein Teil der geplanten Einnahmen der Staatskasse zufließen. Regierungschef Dr. Mario Frick machte sich jedoch keine Illusionen über eine rückwirkende Erhöhung der Mindeststeuer: Dies liesse sich wohl bei den

betroffenen Kreisen nicht durchsetzen.

Sofern die geplanten Einnahmen nicht eintreffen, so wird die Regierung – wie in den Vorjahren – auf die Fondsreserven zurückgreifen müssen. Der FBP-Abgeordnete Gebhard Hoch, der sich wenig begeistert von den geplanten Steuererhöhungen zeigte, aber die Sparanstrengungen begrüßte, legte dem Landtag dar, dass die echten Barreserven nur noch geringfügig vorhanden seien, womit eine Verschuldung des Staates drohe.



Gebhard Hoch (FBP) setzte sich grundsätzlich mit den Anforderungen an eine Finanzplanung auseinander. (Bild: Beat Schurte)

Finanzplan 1994–1998 genehmigt

Grundsätzliche Debatte über Finanzplan als Führungsinstrument

(G.M.) – «Die Defizitwirtschaft geht weiter.» Mit diesen Worten kommentierte der FBP-Abgeordnete Alois Beck die Finanzplanung der Regierung für die Jahre 1994 bis 1998. Diese Äusserung war Anlass für eine Aufwärmung der Finanzdebatte der letzten Jahre zwischen FBP- und VU-Vertretern, aber auch für grundsätzliche Überlegungen über die Finanzplanung als finanzpolitisches Führungsinstrument.

Der Finanzplan der Regierung für die kommenden fünf Rechnungsjahre wur-

de vom Landtag zur Kenntnis genommen. Der FBP-Abgeordnete Alois Beck vermisste im Finanzplan die Perspektiven, nach seiner Ansicht handelt es sich lediglich um eine Fortschreibung früherer Budgetzahlen. Keine Aussagen enthält die Planung nach seinen Ausführungen über die Auswirkungen des EWR-Beitritts, über die Förderung der Landwirtschaft mit vermehrten Direktzahlungen oder über die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Er zweifelte auch an der Zuverlässigkeit der vorgelegten Zahlen und brachte als Beispiel die grossen Schwankungen im Bereich der Wohnbauförderung.

Für den FL-Abgeordneten Paul Vogt sollte ein Finanzplan ein Führungsinstrument sein. In diesem Zusammenhang wies er auf die Notwendigkeit einer Neuorientierung nach der Ablehnung der Regierungsvorlage hin und wollte der Regierung den Auftrag erteilen, nach Alternativen nach der Ablehnung des Landtagsgebäudes zu suchen. Er wies auch auf die Notwendigkeit einer Konzeption für das Landesmuseum, auf die Erweiterung der Landesverwaltung statt der Einnahme sowie auf die Erstellung eines zusätzlichen Verwaltungsgebäudes hin.

Grundsätzlich ging der FBP-Abgeordnete Gebhard Hoch auf den Finanzplan als Führungsinstrument für die Regierung ein. Die der Finanzplanung zukommende Rolle sollte nach seiner Ansicht wieder beachtet werden.

